

November 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Skeptische Haltung zur Zuwanderung.....	3
Ängste vor Zuwanderung sind am wenigsten wirtschaftlich begründet.....	5
Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland auf Rekordhoch.....	7
Regierungszufriedenheit fällt auf Tiefstand	9
Politikerzufriedenheit: Merkel verliert weiter, Seehofer mit Ansehensgewinn.....	10
Politiker stehen wegen Flüchtlingspolitik in der Kritik	12
Flüchtlinge: Mehrheit für Begrenzung und Transitzonen, aber gegen Grenzzäune	13
Sonntagsfrage: Union verliert, AfD legt zu	15
Verständnis für „Pegida“-Protestmärsche sinkt	17

ARD – DeutschlandTREND November 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Caroline Hoffmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Fragen zur wirtschaftlichen Situation: ca. 500 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Erhebungszeitraum	2. bis 3. November 2015 Sonntagsfrage: 2. bis 4. November 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland hält unvermindert an. Die Bevölkerung hierzulande betrachtet die Zuwanderung wie zuletzt eher skeptisch. Die Zuwanderung bringe für die Bundesrepublik überwiegend Nachteile, so die Ansicht von 44 Prozent, während 37 Prozent mit Vorteilen rechnen. Die eher skeptische Bewertung der Zuwanderung geht einher mit unverändert großen Sorgen wegen des Umfangs des Flüchtlingszuzugs. Ähnlich wie im Vormonat bekennt jeder Zweite (50 Prozent), dass ihm die große Zahl der Flüchtlinge Angst macht. Vor allem kulturelle Vorbehalte werden sichtbar: Ob die Flüchtlinge eine Bereicherung für das Leben in Deutschland sind, spaltet die Bundesbürger in zwei praktisch gleich große Lager. Die ökonomischen Folgen werden wohlwollender bewertet: 56 Prozent sind der Meinung, dass Zuwanderer längerfristig gesehen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Bei den Bürgern, die ihre Angst bekennen, stehen wirtschaftlich begründete Sorgen auch eher hinten an. Bedeutsamer sind demgegenüber haushaltspolitische Befürchtungen. Auf der kulturellen Ebene begründen 78 Prozent ihre Sorge damit, dass der Einfluss des Islam durch die Flüchtlinge zu stark wird bzw. fremde Kulturen einen zu großen Einfluss bekommen (69 Prozent). Das wirtschaftlich begründete Sorgen von eher nachrangiger Bedeutung sind, spiegelt nicht zuletzt das gute konjunkturelle Umfeld in Deutschland wieder: 82 Prozent der Deutschen bewerten die ökonomische Situation als sehr gut bzw. gut – Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND.

Ungeachtet der wohlwollenden Bewertung der Wirtschaftslage sinkt die Zufriedenheit mit dem Bundeskabinett weiter: 42 Prozent der Deutschen sind mit der Großen Koalition eher zufrieden - der niedrigste Wert in der laufenden Legislaturperiode. Auch die Bundeskanzlerin kämpft mit deutlichen Einbußen ihrer Popularität. Merkels Rückhalt sinkt im Vergleich zum Oktober um 5 Punkte auf 49 Prozent - der niedrigste Stand seit Oktober 2011.

Von den aktuell in der Koalition diskutierten Maßnahmen der Flüchtlingspolitik finden die vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer geforderten Transitzonen an den Grenzen breite Unterstützung (69 Prozent). 71 Prozent befürworten auch die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Drei Viertel (75 Prozent) sprechen sich für die Einführung eines Gesetzes aus, das Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Zugleich plädiert eine klare Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) für die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel, um den Flüchtlingen hierzulande eine bessere Integration zu ermöglichen. Die Aussetzung des Familiennachzugs u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge finden 56 Prozent nicht richtig, den Bau eines Zaunes an der Grenze zu Österreich lehnen 78 Prozent ab.

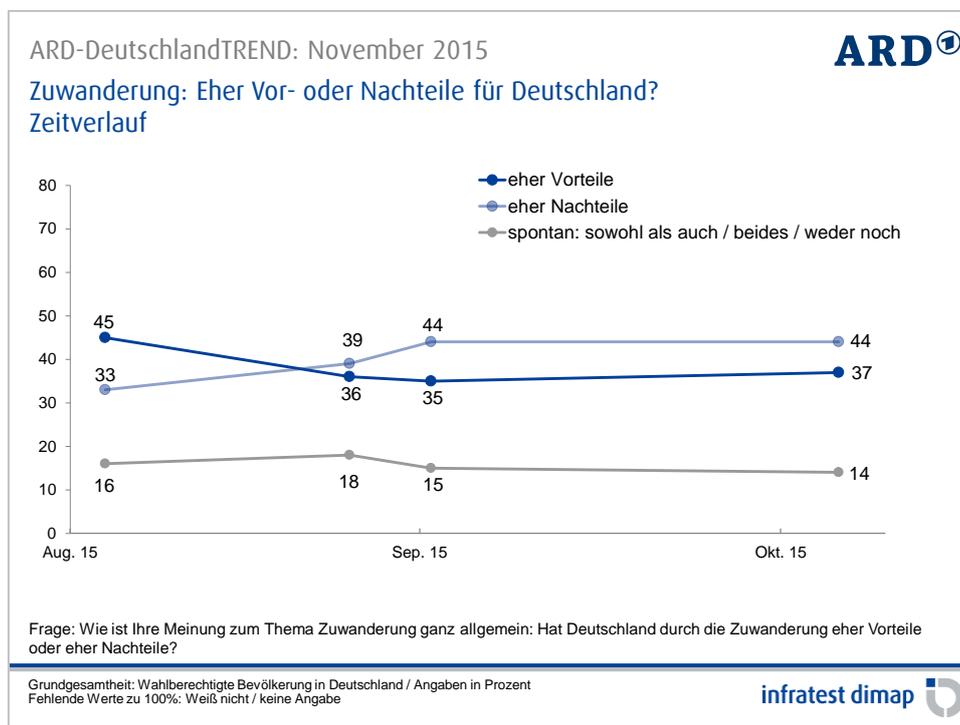
Unter der Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung leidet nach wie vor am stärksten die Union, die derzeit auf 37 Prozent käme (-3 Punkte gegenüber Oktober). Die SPD käme erneut auf 24 Prozent. Während die Grünen etwas zulegen (11 Prozent, +1), bleiben Linke (9 Prozent) und FDP (5 Prozent) konstant. Die AfD vermag ihren Wähleranteil auf 8 Prozent (+2) auszubauen.

Trotz der Sorgen und der Kritik an der Bundesregierung findet die „Pegida“-Bewegung, die zum Teil als fremdenfeindlich charakterisiert wird, weniger Rückhalt in der Bevölkerung als noch zu Jahresbeginn (17 Prozent, -5).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND November'15, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

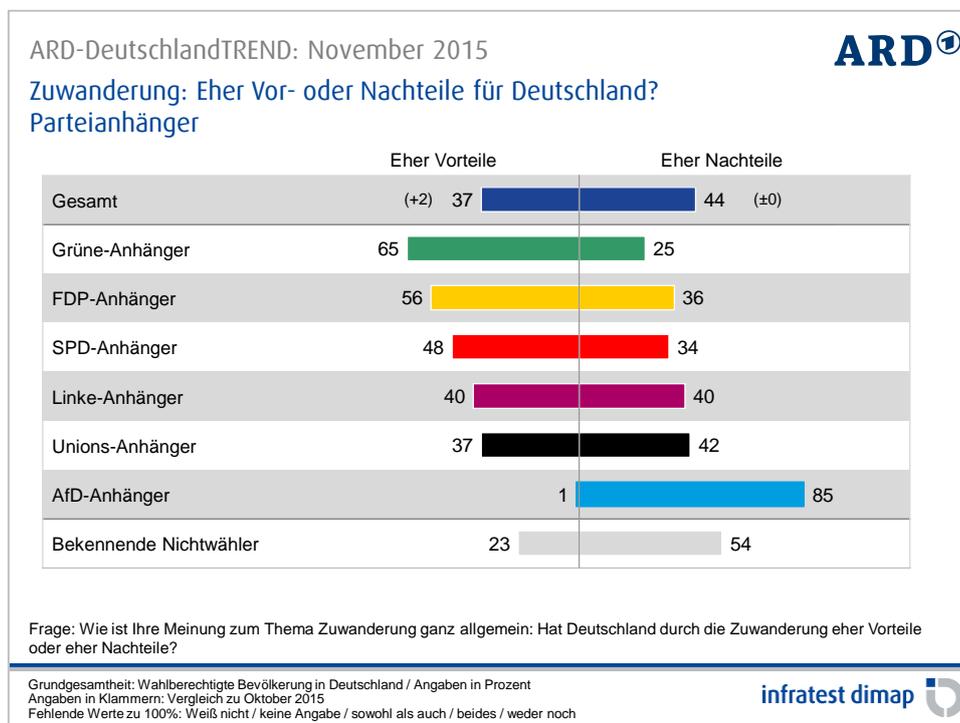
Skeptische Haltung zur Zuwanderung

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland hält unvermindert an und ein Ende ist nicht absehbar. Die Bevölkerung hierzulande betrachtet die Zuwanderung wie zuletzt eher skeptisch. Die Zuwanderung bringe für die Bundesrepublik überwiegend Nachteile, so die Ansicht von 44 Prozent, während 37 Prozent glauben, sie würde dem Land eher zum Vorteil gereichen. Eine kleine Gruppe von 14 Prozent kann sich nicht entscheiden.



Im August dieses Jahres fiel die Bewertung noch anders aus. Damals behielten diejenigen, die eher Vorteile sahen, mit 45 Prozent die Oberhand. Bereits nach wenigen Wochen, im September, kippte die Stimmung und verharrt seitdem auf einem etwa gleichen Niveau.

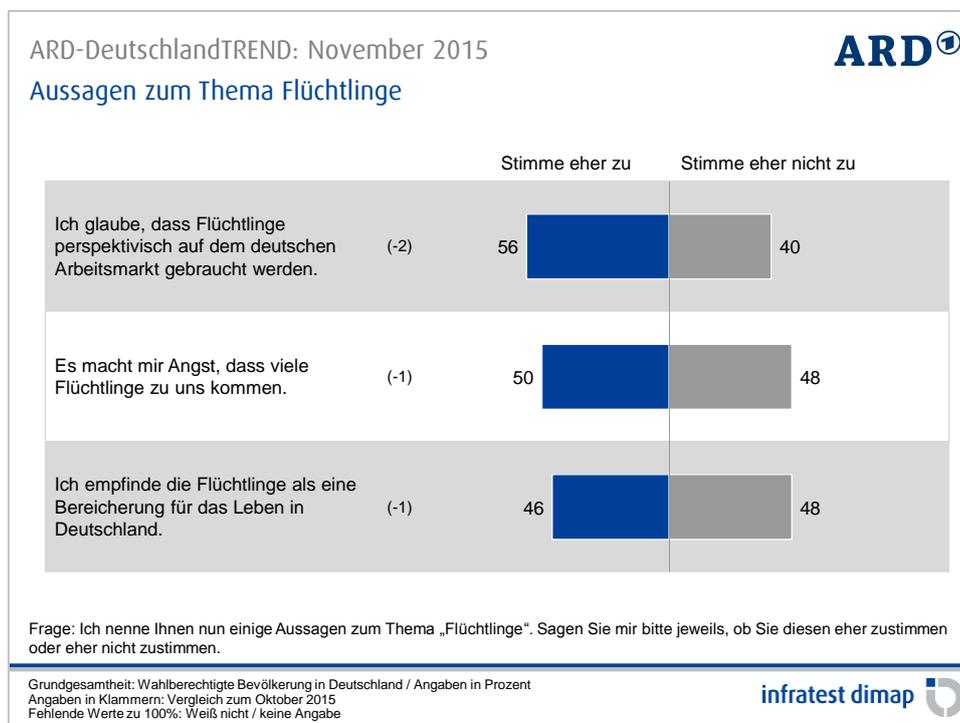
Die Abwägung der Folgen von Zuwanderung fällt in den Anhängerschaften der Parteien sehr unterschiedlich aus. Zwei Drittel der Anhänger der Grünen sehen darin für die Bundesrepublik überwiegend Vorteile. Auch in den Reihen von FDP und SPD glaubt man eher an positive Effekte aus der Zuwanderung. Die Wähler der Linken zeigen sich bei dieser Frage gespalten. Eher skeptisch äußern sich mit 42 Prozent die Anhänger der Union. Die Parteigänger der AfD sehen fast einhellig (85 Prozent) eher negative Folgen. Weit überwiegend kritisch sehen auch bekennende Nichtwähler den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland.



Der soziale Status der Bürger spielt bei der Frage nach den Vor- und Nachteilen der Zuwanderung eine wichtige Rolle. Je höher der formale Bildungsabschluss und je höher das verfügbare Einkommen, desto stärker glaubt man an die positiven Folgen.

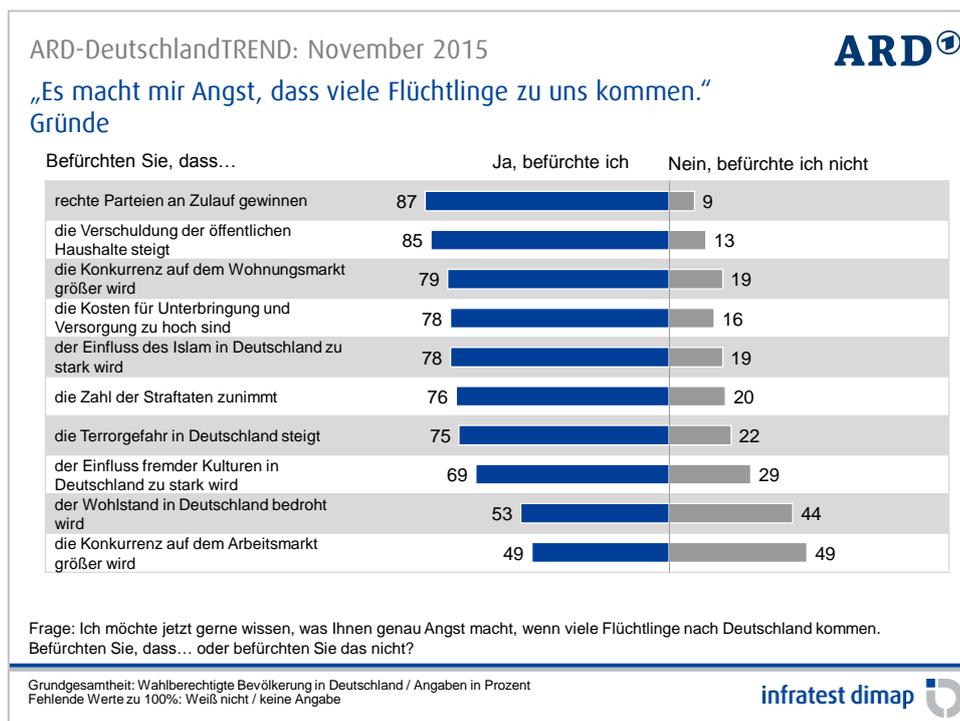
Ängste vor Zuwanderung sind am wenigsten wirtschaftlich begründet

Die eher skeptische Bewertung der Zuwanderung geht einher mit unverändert großen Sorgen wegen der hohen Anzahl an Flüchtlingen. Ähnlich wie im Vormonat bekennt jeder Zweite (50 Prozent), dass ihm die große Zahl der Flüchtlinge Angst macht. Vor allem kulturelle Vorbehalte werden sichtbar: Ob die Flüchtlinge eine Bereicherung für das Leben in Deutschland sind, spaltet die Bundesbürger in zwei praktisch gleich große Lager. Die ökonomischen Folgen werden wohlwollender bewertet: 56 Prozent glauben, dass Zuwanderer längerfristig gesehen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden.



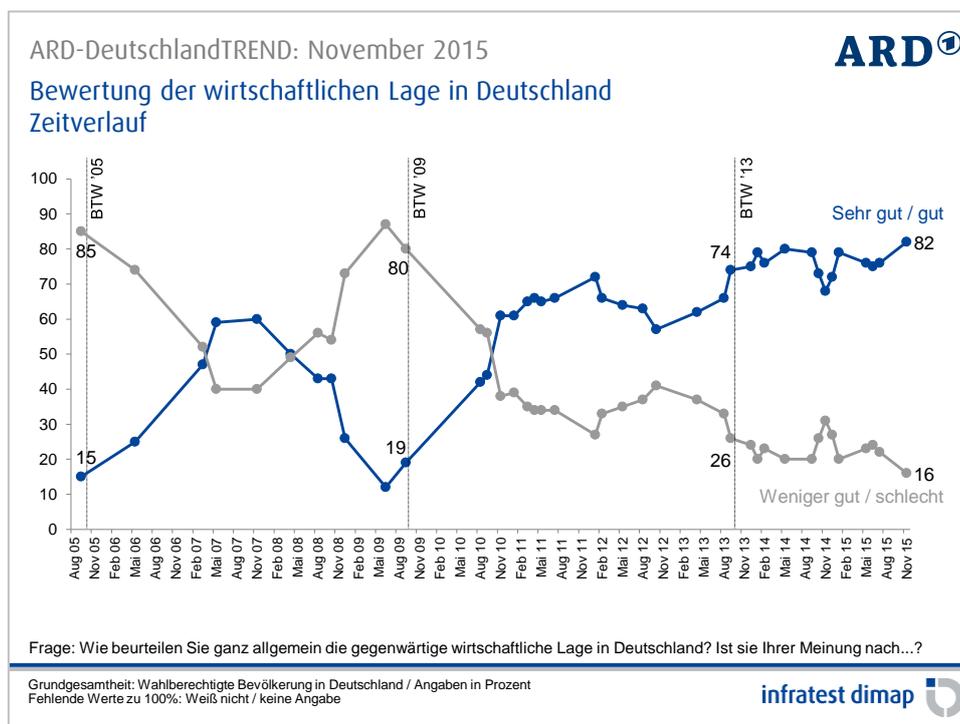
Wie bei der Frage nach den Vor- und Nachteilen spielt auch bei den Ängsten der soziale Status der Bürger eine große Rolle. Je höher der Bildungsabschluss und je höher das Haushaltseinkommen sind, desto seltener werden Ängste wegen der Zahl der Flüchtlinge zum Ausdruck gebracht.

Bei den Bürgern, die ihre Angst bekennen, stehen wirtschaftlich begründete Sorgen eher hinten an: Dass der Wohlstand in Deutschland in Gefahr sei, ist für jeden Zweiten Motiv für sein Angstgefühl (53 Prozent). Fast ebenso viele sind beunruhigt aufgrund einer möglicherweise zunehmenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (49 Prozent). Bedeutsamer sind demgegenüber haushaltspolitische Befürchtungen: Dies sind Sorgen zum einen vor einer wachsenden öffentlichen Verschuldung (85 Prozent) und zum anderen wegen der hohen Kosten für Unterbringung und Versorgung (78 Prozent). Hinzu kommen Befürchtungen, dass es Engpässe auf dem Wohnungsmarkt geben könnte (79 Prozent). Auf der kulturellen Ebene äußern 78 Prozent die Sorge, dass der Einfluss des Islam durch die Flüchtlinge zu stark wird bzw. fremde Kulturen einen zu großen Einfluss bekommen (69 Prozent). Drei Viertel äußern ihre Besorgnis, weil sie eine Zunahme von Kriminalität (76 Prozent) und eine steigende Terrorgefahr in Deutschland (75 Prozent) erwarten. Schließlich bestehen ausgeprägte Befürchtungen, dass rechte Parteien mehr Zulauf bekommen könnten (87 Prozent).

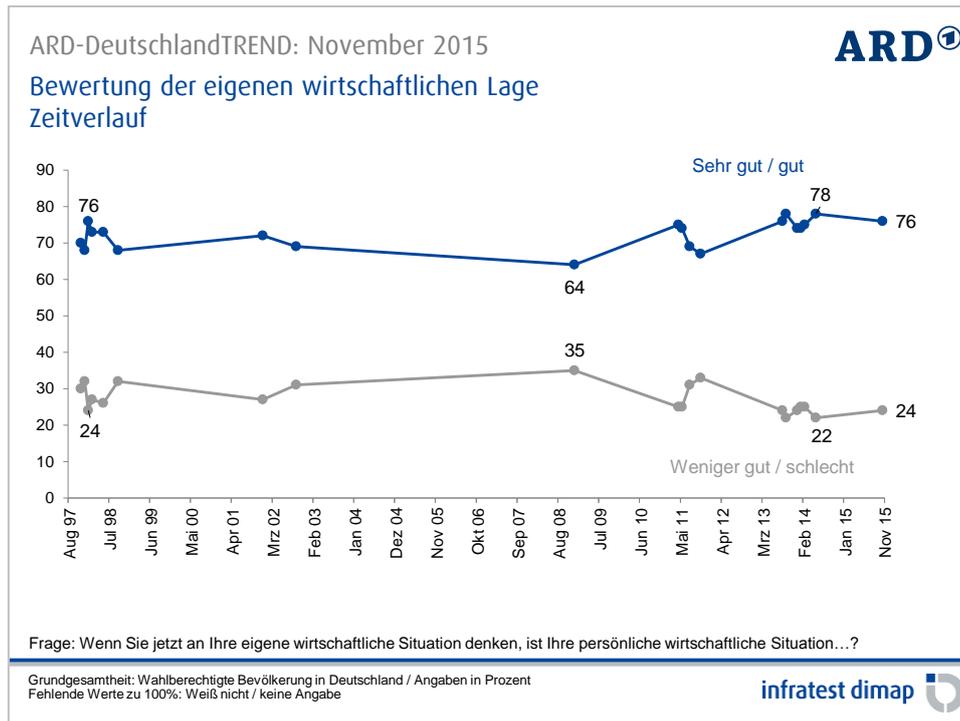


Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland auf Rekordhoch

Das wirtschaftlich begründete Sorgen angesichts des Flüchtlingszuzugs von eher nachrangiger Bedeutung sind, spiegelt nicht zuletzt das gute konjunkturelle Umfeld in Deutschland wieder: 82 Prozent der Deutschen bewerten die ökonomische Situation als sehr gut (18 Prozent) bzw. gut (64 Prozent). Dies ist der höchste Wert jemals im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert. Lediglich 16 Prozent schätzen die konjunkturelle Lage als weniger gut oder sogar als schlecht ein.

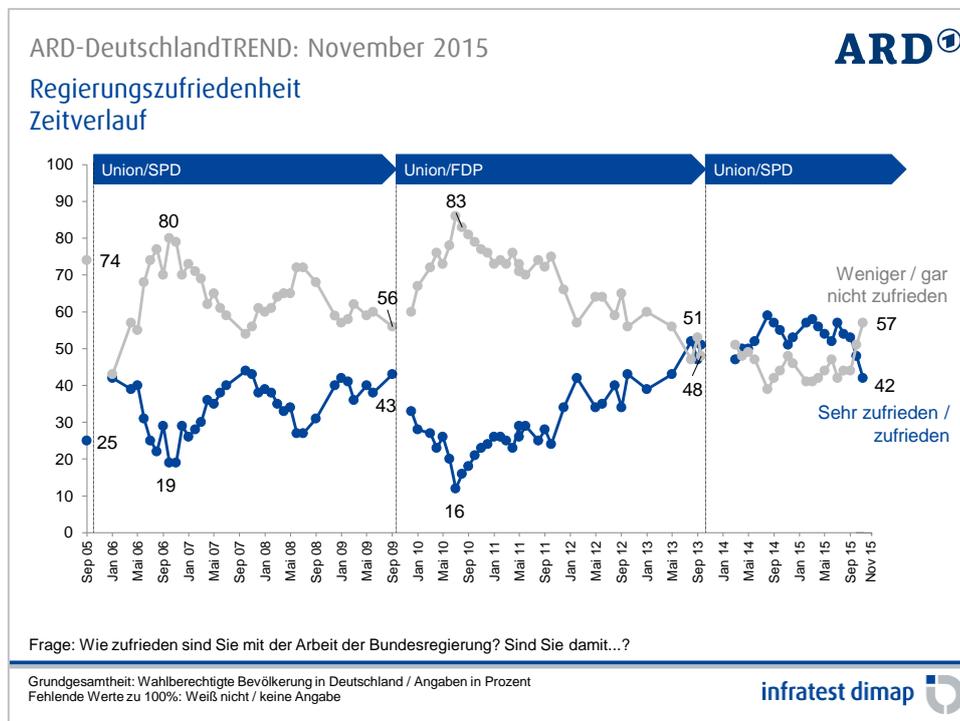


Auch die eigene finanzielle Situation wird von den Deutschen anhaltend positiv beschrieben. Aktuell geben drei Viertel (76 Prozent) an, dass ihre wirtschaftliche Lage sehr gut bzw. gut ist. Ein Viertel stuft die eigene Situation hingegen als weniger gut bzw. schlecht ein (24 Prozent).



Regierungszufriedenheit fällt auf Tiefstand

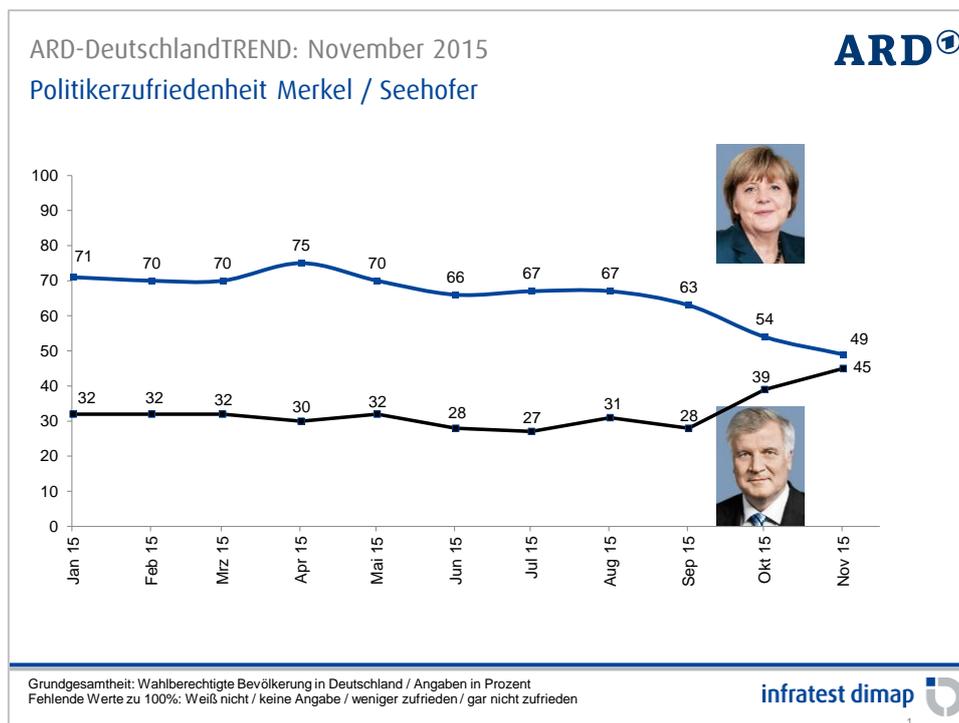
Ungeachtet der wohlwollenden Bewertung der Wirtschaftslage sinkt die Zufriedenheit mit dem Bundeskabinett weiter. Derzeit sind 42 Prozent der Deutschen mit der Regierungsarbeit sehr zufrieden (2 Prozent) bzw. zufrieden (40 Prozent). Dies ist der niedrigste Wert in der laufenden Legislaturperiode. Fast sechs von zehn Wahlberechtigten äußern sich weniger (42 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (15 Prozent) mit der Regierung. Im Vergleich zum Juli bedeutet das ein Minus von 15 Punkten. Damit fällt das Meinungsbild über die Große Koalition erstmals deutlich negativ aus.



Bei den Unionsanhängern bekommt die schwarz-rote Koalition mit 69 Prozent weiterhin den größten Zuspruch, verliert aber auch hier an Rückhalt (-4 Punkte im Vergleich zum Oktober). Noch deutlicher gilt das für die sozialdemokratischen Anhänger, deren Unterstützung von 61 auf 54 Prozent zurück geht.

Politikerzufriedenheit: Merkel verliert weiter, Seehofer mit Ansehensgewinn

Wie das Kabinett insgesamt kämpft auch die Bundeskanzlerin mit deutlichen Einbußen ihrer Popularität. Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit sinkt im Vergleich zum Oktober um fünf Prozentpunkte auf 49 Prozent - der niedrigste Stand im ARD-DeutschlandTREND seit Oktober 2011. Im Vergleich zum April hat Merkel einen Rückgang von 26 Punkten zu verkraften. Der deutliche Vertrauensentzug gegenüber Merkel lässt sich auch in den Reihen der eigenen Parteianhänger beobachten: Während vor vier Wochen noch 86 Prozent der CDU/CSU-Anhänger Merksel Leistungen positiv beurteilte, sind es aktuell noch 77 Prozent. Horst Seehofer, der zuletzt scharfe Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin geübt hatte, verzeichnet demgegenüber einen deutlichen Ansehensgewinn: Aktuell sind 45 Prozent aller Bundesbürger mit seiner politischen Arbeit zufrieden, ein Plus von 6 Punkten und sein persönlicher Bestwert seit Dezember 2013. Damit liegt er nur noch vier Punkte hinter der Kanzlerin. Das ist umso bemerkenswerter, da Seehofer als Ministerpräsident sehr stark die bayerischen Interessen vertritt.

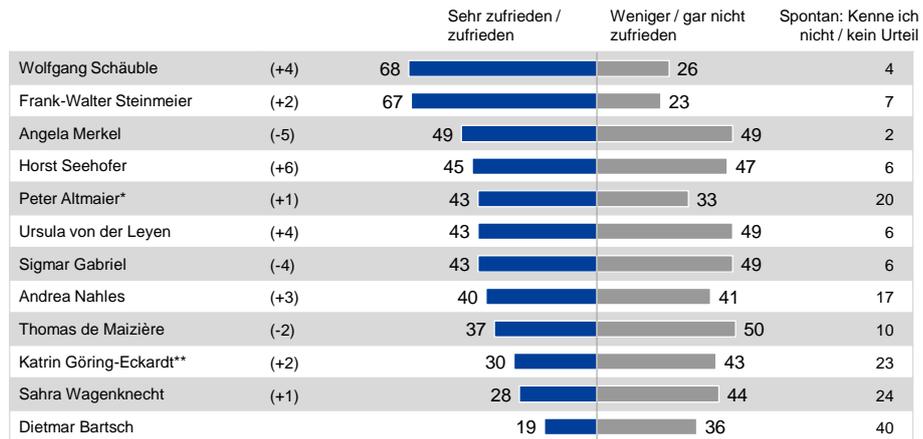


Auch an der Spitze der Rangliste gibt es Verschiebungen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (67 Prozent, +2) muss trotz leichter Zugewinne seine Spitzenposition nach rund einem Jahr an den Finanzminister abgeben. Wolfgang Schäuble legt binnen Monatsfrist 4 Punkte zu und liegt mit 68 Prozent Zustimmung das erste Mal seit Februar 2012 wieder auf Platz 1 der beliebtesten Politiker Deutschlands.

ARD-DeutschlandTREND: November 2015



Politikerzufriedenheit



Frage: Und nun geht es um Ihre Meinung zu einigen Spitzenpolitikern.
Wie ist das mit...? Sind Sie mit ihrer/seiner politischen Arbeit sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
Angaben in Klammern: Vgl. zu Okt 2015 / * Vgl. zu Okt 2012 in seinem Amt als Umweltminister / **Vgl. zu Nov 2014
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

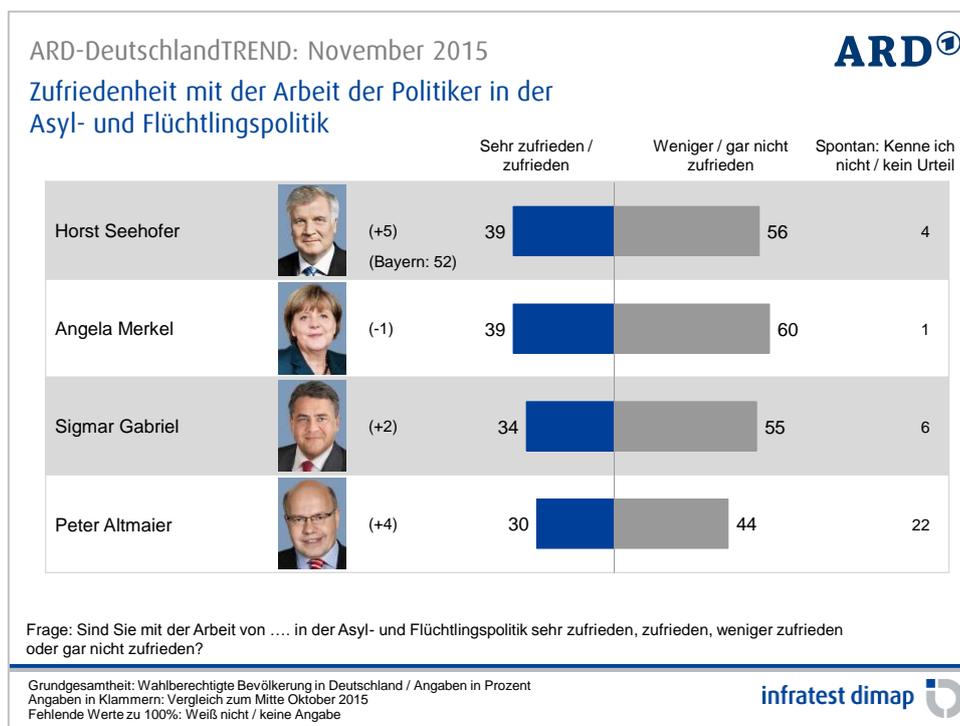


Hinter Merkel und Seehofer, die das Mittelfeld anführen, liegen drei weitere Kabinettsmitglieder gleichauf in der Gunst der Bevölkerung: Sowohl Kanzleramtschef Peter Altmaier als auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erreichen jeweils eine Zustimmungsrate von 43 Prozent. Dahinter folgen Arbeitsministerin Andrea Nahles (40 Prozent, +3), die leicht zulegt und Innenminister Thomas de Maizière, der leicht verliert (37 Prozent, -2).

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, erhält von 30 Prozent der Deutschen gute Noten. Sahra Wagenknecht, Chefin der Linken-Fraktion, schneidet ähnlich ab (28 Prozent; +1), während lediglich ein Fünftel der Bürger angibt, mit der Arbeit ihres Parteifreundes Dietmar Bartsch zufrieden zu sein (19 Prozent). Der neue Fraktionsvorsitzende der Linken hat allerdings mit einem beträchtlichen Bekanntheitsdefizit zu kämpfen.

Politiker stehen wegen Flüchtlingspolitik in der Kritik

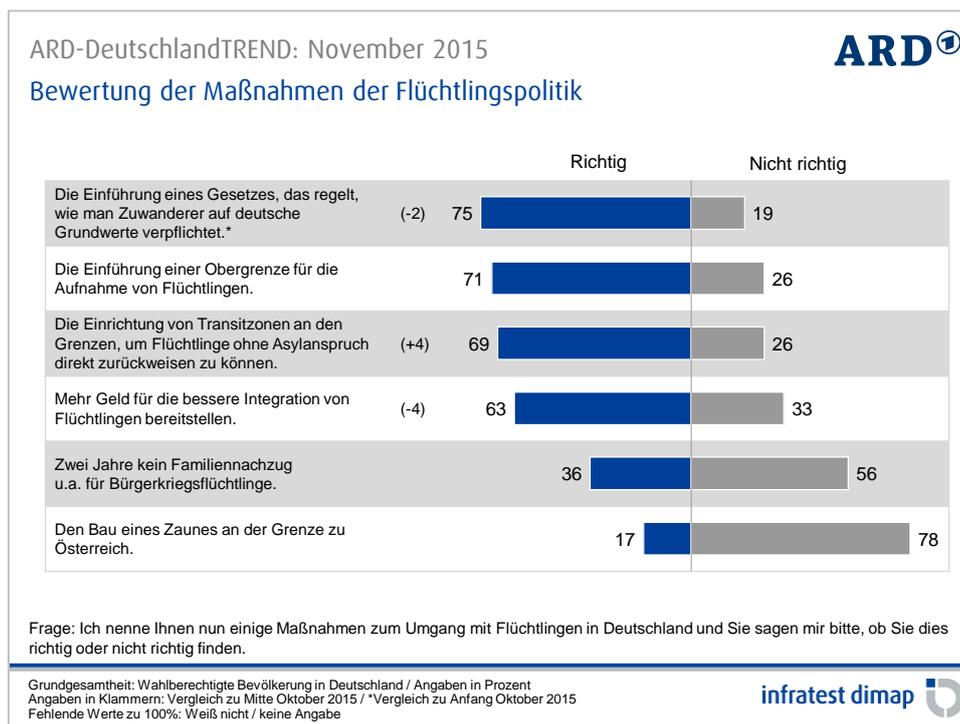
Keiner der Regierungsspitzen kann die Bürger in Sachen Asyl- und Flüchtlingspolitik von seiner Linie mehrheitlich überzeugen. Vier von zehn Bürgern zeigen sich mit der Politik der Bundeskanzlerin einverstanden, sechs von zehn sind mit Angela Merkels Arbeit in der Flüchtlingskrise nicht einverstanden (39:60 Prozent). Ebenfalls vier von zehn (39 Prozent) loben den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer für seinen Kurs, während er von 56 Prozent Kritik erfährt. In seinem eigenen Bundesland findet der Bayer mit 52 Prozent deutlich mehr Zuspruch. Im Gegensatz zu Angela Merkel hat der CSU-Chef in den letzten Wochen an Zustimmung gewonnen: ein Plus von 5 Punkten im Vergleich zu Mitte Oktober,



Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel kann mit seiner Politik ebenfalls nicht stärker punkten. Die kritischen Stimmen überwiegen die wohlwollenden Meinungen bei weitem (34:55 Prozent). Dies gilt ebenfalls für Peter Altmaier, der im Kanzleramt für die Koordinierung der Flüchtlingspolitik zuständig ist (30:44 Prozent).

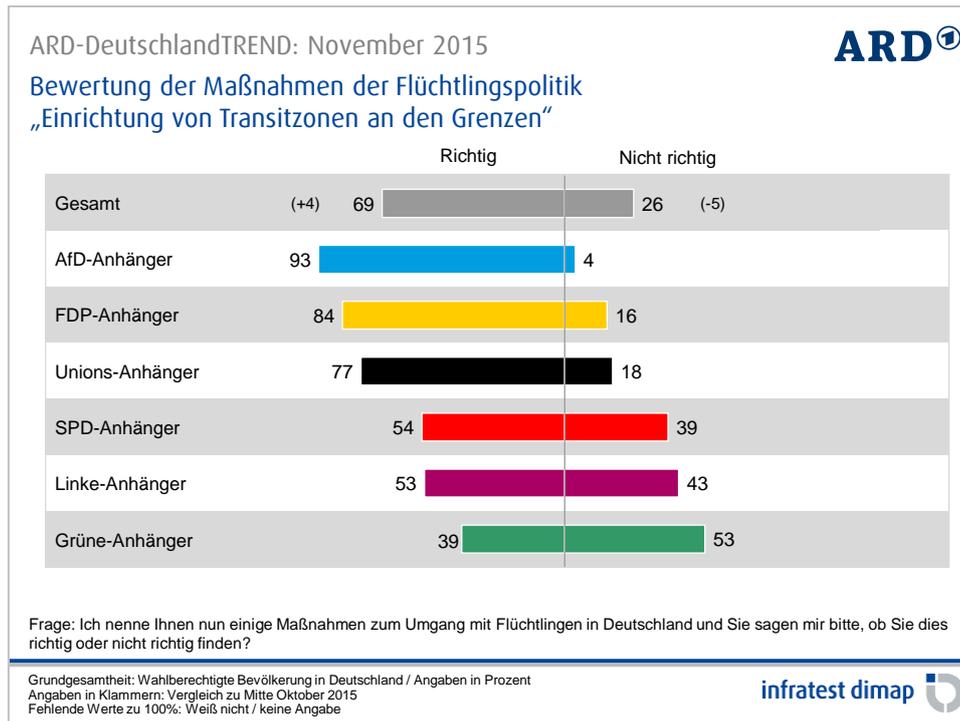
Flüchtlinge: Mehrheit für Begrenzung und Transitzonen, aber gegen Grenzzäune

In dieser Woche diskutieren die an der Bundesregierung beteiligten Parteien über weitere Maßnahmen der Flüchtlingspolitik. Noch am letzten Wochenende konnten sich die Union und die SPD nicht auf ein Maßnahmenpaket einigen. Besonders umstritten sind die vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer geforderten Transitzonen an den Grenzen. Sollte er sich mit seinem Vorschlag durchsetzen, wäre dies im Sinne einer breiten Mehrheit der Bevölkerung: Sieben von zehn Bürgern (69 Prozent) halten die Einrichtung von Transitzonen für richtig. Ebenso viele (71 Prozent) befürworten die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen. Drei Viertel (75 Prozent) sprechen sich für die Einführung eines Gesetzes aus, das Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Zugleich plädiert eine klare Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) für die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel, um den Flüchtlingen hierzulande eine bessere Integration zu ermöglichen.



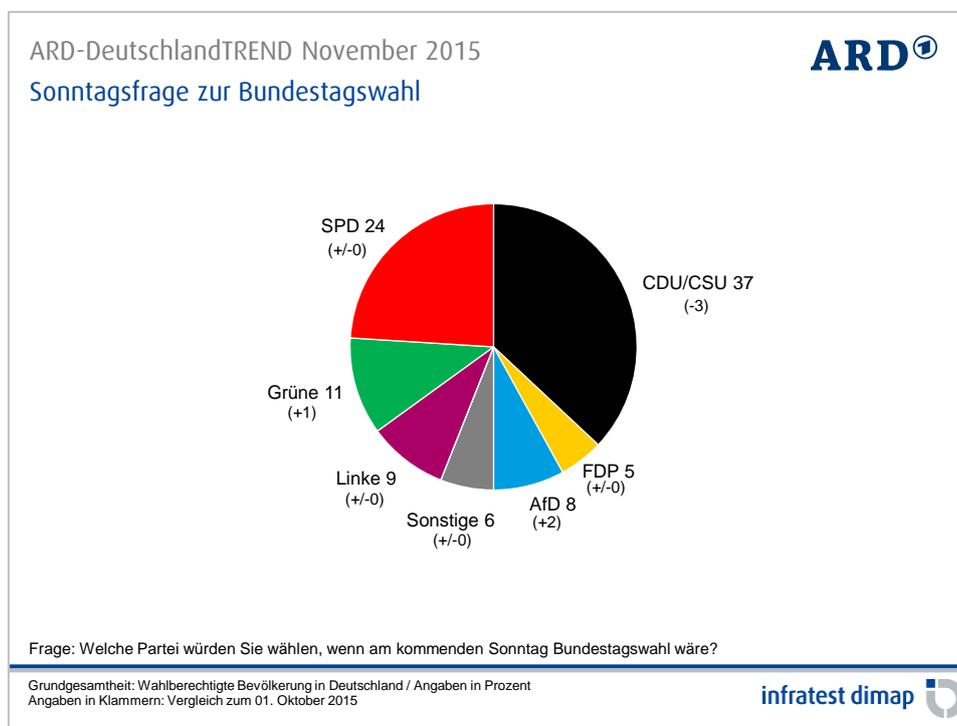
Eine deutliche Absage bereiten die Bürger der Idee, den Familiennachzug u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge für zwei Jahre auszusetzen: 36 Prozent finden das richtig, eine Mehrheit von 56 Prozent ist gegenteiliger Meinung. Die Abschottung Deutschlands durch den Bau eines Zaunes an der Grenze zu Österreich hält nur knapp jeder Sechste (17 Prozent) für hilfreich bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems, 78 Prozent lehnen dies ab.

Die Errichtung von Transitzonen, von der CSU heftig gefordert und von der SPD ebenso heftig abgelehnt, findet in den Anhängerschaften fast aller Parteien mehrheitlich Zustimmung. Lediglich die Wähler der Grünen sehen dieses Vorhaben überwiegend skeptisch, wenngleich auch hier vier Zehntel der Maßnahme positive Seiten abgewinnen können.



Sonntagsfrage: Union verliert, AfD legt zu

Unter der Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung leidet nach wie vor am stärksten die Union. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 37 Prozent. Dies ist ein Minus von 3 Punkten im Vergleich zu Anfang Oktober. Die Sozialdemokraten kämen wie im Vormonat auf einen Stimmenanteil von 24 Prozent. Während die Grünen etwas zulegen (11 Prozent, +1), bleiben die Wähleranteile von Linke (9 Prozent) und FDP (5 Prozent) konstant. Die „Alternative für Deutschland“ vermag ihren Wähleranteil auf 8 Prozent (+2) auszubauen. Alle anderen Parteien würden wie im Vormonat zusammen 6 Prozent erzielen.

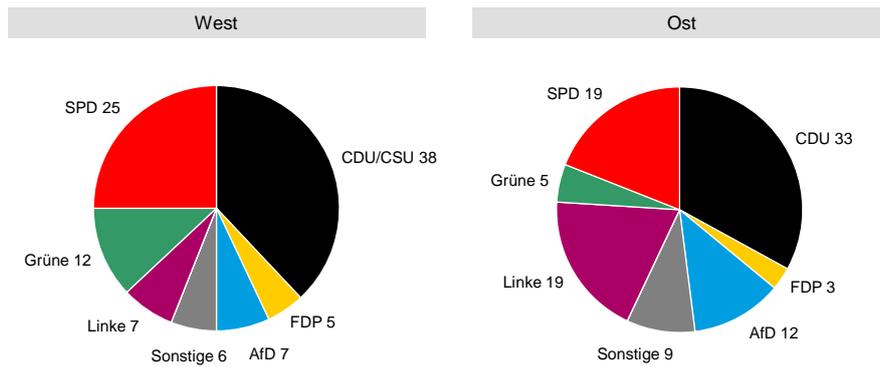


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND November 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

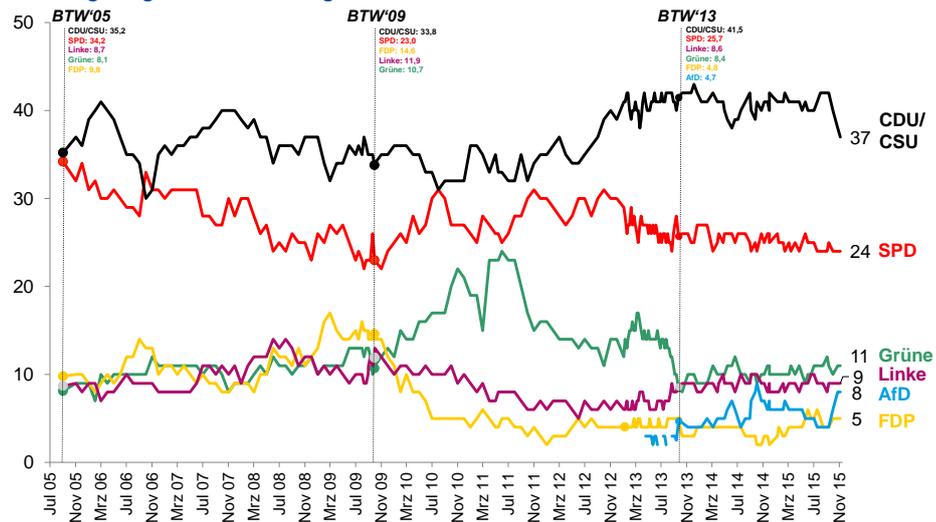
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND November 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



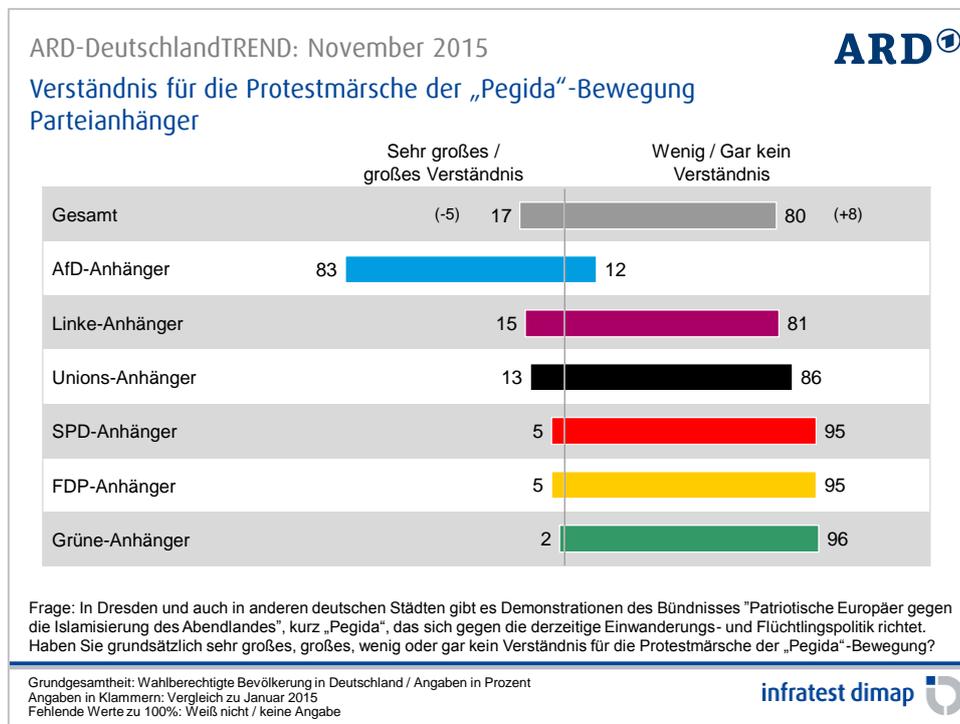
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



Verständnis für „Pegida“-Protestmärsche sinkt

Trotz der Sorgen und der Kritik an der Bundesregierung findet die „Pegida“-Bewegung, die zum Teil als fremdenfeindlich charakterisiert wird, weniger Rückhalt in der Bevölkerung als noch zu Jahresbeginn. Derzeit geben 17 Prozent an, sie hätten sehr großes (2 Prozent) bzw. großes Verständnis (15 Prozent) für die Protestmärsche. Im Vergleich zum Januar hat das Verständnis für die Umzüge abgenommen (-5 Punkte). Wenig Verständnis äußern 30 Prozent und jeder zweite Bundesbürger (50 Prozent) lehnt das Anliegen von „Pegida“ rundweg ab.



Nach wie vor sind die Sympathien für „Pegida“ in den östlichen Bundesländern größer als im Westen (24 bzw. 16 Prozent). Die Analyse der Parteiangehörigen zeigt, dass es einen nahezu geschlossenen parteiübergreifenden Konsens gegen die „Pegida“-Bewegung gibt. Lediglich die Anhänger der AfD zeigen mit einer großen Mehrheit von 83 Prozent Sympathien für „Pegida“.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert